

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 5,20.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 1 M.,
für Versammlungsanzeigen 40 M. pro Zeile.

Richtungen der Arbeiterbewegung.

Die Berichte von jüngst abgehaltenen Kongressen der Gewerkschaftsverbände von 4 Ländern, Frankreich, England, Belgien und den Vereinigten Staaten von Amerika, liegen uns vor. Die Kongressdebatten geben nur ein sehr unvollkommenes Bild von der Arbeiterbewegung in den verschiedenen Staaten; trotzdem gilt es, die bezeichnendsten Züge herauszufinden. Auch geben manche Einzelheiten lehrreiche Aufschlüsse über die Richtungen und Aktionsmöglichkeiten der Arbeiterschaft des betreffenden Landes.

Der in Lille abgehaltene Kongress des französischen Gewerkschaftsbundes bietet das traurige Bild der Zersplitterung und besiegelt die vorläufige Ohnmacht der französischen Arbeiterschaft. Die Kampsparole war für oder gegen Amsterdam; die Mehrheit für die Amsterdamer Internationale ist zwar geblieben, aber sehr zusammengeschmolzen. Vorläufig gab es keine Spaltung und Aussperrungen aus den Gewerkschaften; trotzdem scheint die Einigkeit der gewerkschaftlichen Bewegung vollkommen in die Brüche gegangen zu sein. Es ist ganz müßig, die einzelnen Angriffspunkte der Minderheit gegen die Leitung des Gewerkschaftsbundes und den Anschluß an die Amsterdamer Internationale zu prüfen. Noch weniger lohnt es, die rednerisch sonst recht schönen Kongressvorträge — der französische Nationalcharakter kann sich dabei nicht verleugnen — zu verfolgen. Die ironische Bemerkung *Edo Fimons* darüber, daß zuviel Worte und zu wenig Inhalt vorhanden waren, war leider nur allzu berechtigt. Die Leitung des Gewerkschaftsbundes mußte dauernd ihre revolutionäre Gesinnung gegenüber der Beschuldigung „reformistisch“ zu sein, verteidigen; sie hätte eine schwache Genugtuung fühlen können, als ihr Aktionsprogramm und Vorgehen von der kommunistischen Minderheit als „utopistisch“ bezeichnet wurde. Um den Sinn des Bruderkampfes irgendwie zu fassen, geben uns die Kongressdebatten nur wenig Anhaltspunkte, und so müssen wir dessen Hintergründe prüfen, wobei die Feststellung einer erfolgreichen kommunistischen Propaganda unter der Arbeiterschaft nicht genügen dürfte.

Die französische Arbeiterbewegung war in der Vergangenheit im Gegensatz zur deutschen und englischen Entwicklung stark syndikalistisch gerichtet. Sie lehnte jede Beteiligung am politischen Kampfe, jede Verbindung mit der sozialistischen Partei ab. Ihre Parole war: „action directe“ (direkte Aktion), Generalstreik; die einzelnen Streiks dürften nicht zur Erlangung gewisser Forderungen, sondern nur als Übung und Vorbereitung zum letzten, mittels des Generalstreiks auszufechtenden Kampfe gegen die herrschende Ordnung eingeleitet werden. Eine zentralistische Organisation, Kampf für sozialpolitische Erwerbsmöglichkeiten, für Tarifverträge usw. war bei dieser Hauptrichtung der französischen Arbeiterbewegung verfehlt. Während des Krieges und noch mehr nach dem Kriege hat sich diese Richtung vollständig geändert; die französische Arbeiterbewegung hat nachgerade eine Gestalt angenommen, die der der andern westeuropäischen Arbeiterbewegung entspricht. Sie hatte im Anfang auch manche Erfolge zu verzeichnen. Das auf sozialpolitischem Gebiet sehr zurückgebliebene Frankreich hat unter ihrem Einfluß eine Anzahl, im übrigen Kontinent eingebürgerter Einrichtungen ins Leben gerufen. Die von einem mächtig entfaltenen Militarismus getragene Reaktion rückte aber zu rasch in den Vordergrund und gleichzeitig übte die russische Revolution ihren Zauber auf die Gemüter der Arbeiterschaft aus. Im Mai 1920 fand riesiger Streiks der Eisenbahner, Berg- und Metallarbeiter glücklicherweise. Das Ergebnis war erbarmungslose Verfolgung der Arbeiterschaft. Während noch vor dem Kriege die Eisenbahner und Metallarbeiter durch die syndikalistische Bewegung als „reformistisch“ gebannt wurden, finden wir diese Gewerkschaften jetzt bei dem Kongress in Lille auf der äußersten Linken. Ihre Haltung ist ein Ausdruck

der Erbitterung, ein verständlicher Rückschlag der jüngst erlittenen Verfolgungen. Der Syndikalismus der französischen Arbeiterschaft ist zwar in allen seinen wesentlichen Grundzügen der Politik der kommunistischen Partei entgegengesetzt, doch berühren sie sich in einem wesentlichen Punkt: in der Sabotierung des gegenwärtigen Staates, in der Verneinung der Forderung, sich den Realitäten anzupassen und auf Grund der Realitäten den Kampf um den Zukunftsstaat zu führen. So wurden paradoxerweise die bolschewistischen „Keimzellen“ gleichzeitig Träger einer alten syndikalistischen Tradition. Ein künstlich hergestelltes Halb Dunkel in den Begriffen unterstützte die Verwirrung. — Drei Faktoren waren es also, die die Spaltung in der Gewerkschaftsbewegung hervorriefen: die reaktionäre Haltung des Staates, die dadurch neu erweckten syndikalistischen Traditionen der französischen Arbeiterschaft und eine kommunistische Propaganda, die diese Tatsachen zu ihren Gunsten gut auszunutzen verstand. — Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder ist im letzten Jahr fast auf ein Drittel zurückgegangen und dazu kommt nun noch die, wenn auch äußerlich nicht vollzogene, tatsächlich aber bestehende Spaltung in den Gewerkschaften, das Hineintragen der politischen Kämpfe in die letzteren, genug, um festzustellen, daß die Stöckkraft der französischen Arbeiterschaft auf lange Zeit hinaus lahmgelegt ist.

Der Kongress des belgischen Gewerkschaftsbundes spiegelt die gegenwärtige Richtung der westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung wider. Es wurden die heute aktuellen Fragen besprochen: der Achtstundentag, der dort am 1. Oktober ins Leben treten soll, die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit. Befordert wurde die Sozialisierung gewisser Industrien, Vergabung öffentlicher Arbeiten, radikale Reform des Steuerwesens und die Arbeiterkontrolle. Der Kongress hat zum System der gleitenden Lohnskala in den Tarifverträgen Stellung genommen. Er hat mit Genugtuung festgestellt, daß seit 1913 sich die Zahl der Mitglieder von 129 000 auf 718 000 am 1. Januar 1921 erhöht hat.

Der Bund der englischen Gewerkschaften (Trade-unions), dem jedoch nicht sämtliche englische Gewerkschaften angeschlossen sind, hielt Mitte Juni einen Kongress ab, aus dem wir hier nur ein Moment hervorheben wollen. Obwohl die Bergarbeiter diesem Bund nicht angehören, ist doch auf dem Kongress festgestellt worden, daß infolge des Bergarbeiterstreiks der Gewerkschaftsbund enorme Lasten zu tragen hatte. Während des 15 Tage dauernden Sympathiestreiks einzelner, dem Bund angehörender Gewerkschaften mußte er einen Unterstützungsbetrag auszahlen, der der Summe der Beitragszahlungen der betreffenden Arbeiter innerhalb fünf Jahren gleichkommt. Daraus zieht der Gewerkschaftsbund die Folgerung, daß die Gewerkschaften in der Entfaltung von Lohnstreiks vorsichtig vorgehen und auf den eigenen finanziellen Stand sowie den des Gewerkschaftsbundes Rücksicht nehmen müssen. Auch ist die Forderung gestellt worden, daß die Leitung der Verhandlungen bei Tarifverträgen usw. in die Hände von volkswirtschaftlich gutgeschulten Gewerkschaftern gelegt werde, die die allgemeinen Zusammenhänge der Volkswirtschaft zu übersehen vermögen. Die Lage der einzelnen Industrien soll eingehend studiert und statistisch auch nach den Gesichtspunkten der Arbeiterschaft bearbeitet werden.

Der amerikanische Gewerkschaftsbund (American Federation of Labor), der mehr als 3 Millionen Mitglieder in einer großen Anzahl von Gewerkschaften umfaßt und somit eine nicht zu unterschätzende Macht darstellt, hielt seinen Jahreskongress in Denver (Colorado) ab, wo der alte Präsident *Compers* mit 25 000 gegen 12 000 Stimmen wiedergewählt wurde. Die Beschlüsse des Kongresses bezeugen, wie rückständig diese Gewerkschaftsbewegung ist. *Samuel Compers* hat den Austritt des amerikanischen Gewerkschaftsbundes aus der Amsterdamer

Internationale damit begründet, diese sei eine revolutionäre Einrichtung. Im Lichte der Denverschen Beschlüsse scheint die Amsterdamer Richtung in der Tat revolutionär zu sein. Es herrschte ein geradezu reaktionärer Geist auf dem Kongress. Fast alle Vorschläge von Forderungen, die der europäischen Arbeiterbewegung geläufig sind, wurden entweder abgelehnt oder nach bekannter Art Kommissionen überwiesen, um dort begraben zu werden. Ein engherziger Geist der Abschließung gegen die japanischen und chinesischen Arbeiter sowie der stille Wunsch nach Aufhebung des Alkoholverbotes gehören zur Kennzeichnung des Gesamtbildes. Die Arbeitslosenversicherung scheint der Kongress, trotz der Millionen von Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten, nicht als dringlich zu erachten; er hat keinen Beschluß darüber gefaßt. Die Frage der Krankenversicherung soll erst weiter „studiert“ werden, eine staatliche Altersversicherung wurde abgelehnt. Die Errichtung von Arbeiterhochschulen wurde als überflüssig bezeichnet, ebenso die Herausgabe von Tagesblättern. Der Maßstab für die Bemessung der Löhne soll nicht allein von den Kosten des Lebensunterhaltes bestimmt werden. Der Kongress erhob einige Proteste gegen die „open-shop“-Bewegung der Unternehmer, gegen das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren, gegen willkürliche Einmischungen (Injunctions) der Gerichte in Arbeiterangelegenheiten. Als einzige positive Forderungen des Kongresses sind die nach Verstaatlichung der Eisenbahnen, nach der staatlichen Kontrolle gewisser gemeinnütziger Betriebe, wie Schlachthäuser usw., und der Wunsch, daß der Staat die Naturkräfte des Landes künftighin nicht an Private veräußern solle, zu verzeichnen. In der Richtung einer konstruktiven und tatkräftigen Arbeiterpolitik sind nicht einmal Wünsche ausgesprochen worden.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur jetzigen Teuerung.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat am 18. August durch Annahme nachstehender Entschlüsse zur jetzigen Lage der Arbeiterschaft und zu den bevorstehenden Lohnbewegungen Stellung genommen:

I.

Die von der Mehrheit des Reichstages beschlossene Brotverteuerung bedeutet eine schwere Gefährdung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Die Erhöhung der Kohlensteuer und die neuen Steuerpläne der Regierung vermehren die Gefahren für die Existenz der Arbeiter in ungeheurer Weise. Der Ausschuß des ADGB ruft deshalb die deutsche Arbeiterschaft auf, sich gegen die drohende Herabdrückung ihrer Lebenshaltung mit aller Kraft zur Wehr zu setzen.

Die Gewerkschaften, die rechtzeitig gewarnt und die Brotverteuerung vergeblich bekämpft haben, haben jetzt die Pflicht, den Kampf der Arbeiter um ausreichende Lohnerhöhungen mit allen Mitteln zu unterstützen. Die Durchführung der erforderlichen Lohnbewegung ist Aufgabe der einzelnen Verbände, denen hierbei die Pflicht obliegt, die Solidarität der gesamten Arbeiterschaft hochzuhalten. Der Vorstand des ADGB wird beauftragt, den Verbänden im einzelnen und in ihrer Gesamtheit in der bevorstehenden allgemeinen Lohnbewegung jede mögliche Hilfe zu leisten. Die eingeleitete Verbindung mit den andern Gewerkschaftsrichtungen sowie mit den Gewerkschaften der Angestellten und Beamten ist aufrechtzuerhalten, um der Bewegung durch eine geschlossene Einheitsfront aller Lohn- und Gehaltsempfänger einen um so größeren Erfolg zu sichern.

Die Arbeitgeber aller Berufe und Industriezweige werden gewarnt, nicht durch Abweisung der notwendigen Lohnforderungen große Arbeitskämpfe und die daraus sich ergebenden neuen Erschütterungen des Wirtschaftslebens hervorzurufen. Ernstste Pflicht der Regierungen und Verbänden sowie aller derjenigen, denen die Erhaltung und Stärkung der deutschen Volkskraft obliegt, ist es, der Arbeiterschaft in ihrem Existenzkampfe tatkräftig beizustehen.

II.

In dem Maße wie die Preissteigerungen eine Erhöhung des Lohneinkommens bedingen, müssen auch die aus Unfall-, Alters- oder Invalidenrenten bestehenden Einkommen, die schon lange hinter der Teuerung weit zurückgeblieben sind, sowie die Unterstützungssätze der Erwerbslosen und der Kranken aufgebessert werden. Die Gewerkschaften fordern von den verantwortlichen Verwaltungsbehörden und

den parlamentarischen Vertretungen des Volkes in Reich, Ländern und Gemeinden, daß sie sich ihrer Pflicht auch gegenüber diesen Notleidenden bewußt sind und die zu ihrer Erfüllung notwendigen Maßnahmen mit Eile beschließen.

III.

Die Gewerkschaften verurteilen, daß die neuen Steuerpläne der Reichsregierung vorwiegend den Verbrauch belasten sollen. Dieser Weg führt lediglich zu neuen ungeheuren Preissteigerungen, die ihrerseits die Steuereinnahmen des Reiches zum größten Teile wieder aufzehren, und drückt den Arbeiter in der Arbeiterklasse weiter herab.

Die Meilenleistungen, die das Reich jetzt aufzubringen hat, dürfen nicht in bisher gewohnter Weise auf den letzten Verbraucher abgewälzt werden. Es ist vielmehr ein Steuersystem zu fordern, das in erster Linie die von der Geldentwertung seither unberührt gebliebenen Sachwerte, insbesondere die in Industriewerken und im Boden ruhenden Kapitalwerte, erfaßt, sie zugunsten des Reiches belastet und das Reich an den Erträgen des mobilen und immobilien Kapitals teilnehmen läßt.

Die Gewerkschaften verlangen, daß in der Steuer-gesetzgebung Wege eingeschlagen werden, die eine Herstellung des Gleichgewichts im Haushalt des Reiches, der Länder und Gemeinden ermöglichen ohne weitere Zuhilfenahme der Notenpresse. Denn die Vermehrung der Papier-geldflut ist eine der ersten Ursachen der Preissteigerungen und das größte Hindernis eines wirksamen Preisabbaues.

IV.

Um in Zukunft weitere Preissteigerungen und die damit fortschreitende Verarmung der Volksmassen zu verhindern, ist eine **Änderung der Wirtschaftspolitik** in der Richtung zur Gemeinwirtschaft (Vergesellschaftung der Produktionsmittel) unabwendbar. Das nächste Ziel einer neuen Wirtschaftspolitik muß sein, den Produktionswert erheblich zu steigern, die Ankosten aber möglichst zu verringern und dadurch die Produkte zu verbilligen. Beides ist möglich in einer Wirtschaftsordnung, die alle Kräfte und Hilfsquellen in rationeller Weise der Produktion nutzbar macht, die inneren Reibungen unwirtschaftlicher und übertriebener Wettbewerbsverhältnisse beseitigt und die einzelnen bisher zusammenhaltlosen oder nur nach Profitinteressen zusammengefaßten Wirtschaftszweige **organisch und gemeinwirtschaftlich** verbindet.

Die Not des deutschen Volkes und der Zwang zur Spar-samkeit verbieten es, die **Vergeudung** von Material und Kräften fortzusetzen, die mit der unorganisierten nicht auf die Bedarfsdeckung, sondern auf Gewinnerzielung eingestellte Einzelbetriebswirtschaft verbunden ist.

Indem die Gewerkschaften eindringlich auf diese Notwendigkeiten hinweisen, fordern sie die verantwortlichen Stellen im Reiche auf, die geeigneten Wege zu suchen und vorzuschlagen, die zu einer solchen Umstellung der Wirtschaft führen können. Sie erklären selber sich bereit, mit ihren Kräften an der baldigen Lösung dieser Aufgabe mit-zuwirken.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Ergänzung des Zentralvorstandes.

Durch den Tod des ersten Vorsitzenden unseres Ver-bandes, des Kameraden Schrader, war in der Zusammen-setzung des Zentralvorstandes eine Lücke entstanden, die in der heutigen Zeit härtester Anspannung gewerkschaftlicher Kräfte auf schnellstem Wege wieder ausgefüllt werden mußte. Verbandsausschuß und Zentralvorstand haben hierzu in einer gemeinschaftlichen Sitzung genommen und auf Grund des § 26 der Verbandsstatuten als Verbandsvorsitzenden bis zum nächsten Verbandstage einstimmig das bisherige Vor-standsmitglied Adolf Schönfelder bestimmt. Gleichzeitig wurde der Kamerad Richard Fischer, der vor einiger Zeit als Mit-arbeiter in die Redaktion des „Zimmerer“ eingetreten ist, zum Beisitzer im Zentralvorstand ernannt. Der Zentral-vorstand setzt sich nunmehr wie folgt zusammen:

- Adolf Schönfelder, erster Vorsitzender,
- Heinrich Oke, zweiter Vorsitzender,
- Adolf Römer, erster Kassierer,
- Otto Friedrich, zweiter Kassierer,
- Joseph Melzer, erster Schriftführer,
- Karl Schumann, zweiter Schriftführer,
- Wilhelm Wolgast, Redakteur,
- Robert Sperling, Beisitzer,
- Richard Fischer, Beisitzer.

Verbandsausschuß und Zentralvorstand richten angesichts der umfangreicher und schwerer werdenden Kämpfe, die unser Verband zu bestehen haben wird, und angesichts der Fülle neuer Aufgaben, die ihrer Lösung entgegengeführt werden müssen, die dringende Bitte an die Gesamtmitgliedschaft, ins-besondere an alle Funktionäre, die Leitung des Verbandes nach besten Kräften zu unterstützen.

Nur in einträchtiger Zusammenarbeit aller Glieder des Verbandes wird unsere Organisation das sein und bleiben, was sie bisher war, eine starke, stets kampfbereite Berufs-organisation zur Wahrung und Besserung der Lebensverhält-nisse der Zimmerer Deutschlands.

Der Verbandsausschuß: Herm. Kube.

Der Zentralvorstand: Adolf Schönfelder.

Aufforderung.

Der Zimmerer Otto Wilgeroth, geboren am 14. Februar 1870 zu Braunschweig (Verb.-Nr. 250 874), war Bezirkskassierer in der Zahlstelle Uelzen i. Hann. Er ist von Uelzen verschwunden, ohne mit dem Zahlstellenkassierer über 855 Markten à 3,50 M. und 5 Markten à 90 % ab-zurechnen.

Kameraden, die den Aufenthaltsort des Wilgeroth kennen, werden ersucht, seine Adresse dem Gauleiter F. Walter, Hannover, Nikolajstr. 7, Zimmer 4, mitzuteilen.

Ausschluß von Mitgliedern.

Wegen Vergehens gegen § 22 Absatz 3 und 4 der Satzungen wurden in Nimtsch Richard Seidel (311 159), in Senzburg August Jaschinski (49 108), Frits Lemte (47 707) und Franz Schlieve (13 482), in Offen Gustav Seel (313 769), in Trebbin Oskar Jrrgang (248 445) und Ernst Steinhaus (271 424), in Görtitz Felix Fübner (333 786) und Konrad Fübner (333 789) und in Siegen Pius Vaier (29 479) ausgeschlossen.

Der Zentralvorstand.

Unsere Lohnbewegungen.

Gestreift wird in Gollnow, Halberstadt, Kaufbeuren, Kulmbach, Landshut i. Bayern, München, Nürnberg, Passau, Tambach, Trittau, Verneuchen und Wittenberg.

Ausgesperrt sind die Zimmerer in Augsburg, Bad Reichenhall, Bad Tölz, Berchtesgaden, Burghausen, Deggendorf, Erding, Freising, Furmensestadt, Ingolstadt, Laufen, Lindau, Memmingen, Miesbach, Neumarkt a. d. Rott, Partenkirchen, Starnberg, Traunstein, Wasser-burg und Weiden.

Gesperrt sind in Neuwedell die Schneidemühle von Felgendreher, in Neuenbürg b. Wildbad das Geschäft von Bischoff.

Bevorsiehende Aussperrung in der Provinz Sachsen.

Der von uns in Nr. 34 des „Zimmerer“ mitgeteilten Spruch des Bezirkslohnamts für die Provinz Sachsen, der eine Zu-lage von 70 % vorschrieb, haben die Unternehmer abgelehnt. Der Bezirksarbeitgeberverband für Sachsen und Anhalt macht seine Mitglieder für eine Aussperrung scharf, wie ein Rund-schreiben verrät, das er verschickt hat. Auf den Schiedspruch hin soll vorläufig nichts gezahlt werden. Man will ihn zu-nächst mit den Vertretern der Industrie besprechen und diesen folgende Punkte zur Erklärung vorlegen:

1. Sollen im Falle von Teilstreiken oder Abwanderung der Bauarbeiter nach vorheriger Beratung und Beschluß bestimmte größer zusammengefaßte Ortsbereiche auf Bau und „Industrie“ ausgesperrt werden, um die Kampfmaßnahmen der Arbeitnehmer wirkungslos zu machen?
2. Bauarbeit-geber, die die Beschlüsse der Verbände nicht achten, die unorganisierten Bauunternehmer und solche, die aus der Organi-sation austreten, sind von der Auftragserteilung von Bau-ausführungen auszuschließen. Eine einigende verbändliche Kommission wird über Einzelfälle entscheiden, eventuell durch endgültige Schiedsprüche.
3. Die Bauten der „Industrie“ sollen in Zukunft nur an im Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe organisierte Arbeitgeber übertragen werden.
4. Die von der „Industrie“ benötigten Bauarbeiter sollen in der Zahl eingestellt werden beziehungsweise eingestellt bleiben, die für die laufenden Reparaturen und Notstands-arbeiten erforderlich sind. In Zweifelsfällen entscheidet die unter 2 genannte Kommission.

Herr Pfeiffer in Halle, der Führer der Baugewaltigen in der Provinz Sachsen, geht diesmal anscheinend ganz sicher. Das bei der letzten Aussperrung im Mai/Juni dieses Jahres erlebte Fiasko hat ihn vorsichtiger gemacht. Selbst wenn es ihm gelingen sollte, die Industriellen nach seiner Pfeife zum Tanzen zu bringen, die baugewerblichen Arbeiter wird er dadurch nicht schrecken. Sie werden, selbst, wenn es zum Neuzerker käme, mit ihm fertig.

Gesperrte Betriebe in Berlin.

Aus den bereits in der vorigen Nummer des „Zimmerer“ mitgeteilten Ursachen sind folgende Betriebe gesperrt: Sämtliche Werke der AGW.; der Siemenskonzern; Nibe, Weiskensee; Aschinger; Schwarz-topf, Scheringstraße; Rabelwerk, Oberpree; Porzellanfabrik, Tellow; Vorfis, Regel; Goffen, Reinickendorf; Roemann & Kühnemann; Auer-Ostrammer; Schultzeiß-Pagenhofer; Franz Conrad, Glogauer Straße; Nitritfabrik, Cöpenick; Deutsche Kabelindustrie, Niederhönoweide; Norddeutsche Kabelindustrie, Neudölln; Kuhnheim, Niederhönoweide; C. A. F. Rahibbaum, Ablershof.

Für Spandau wurde folgender Vergleich geschlossen:

Allen Zimmerern im Tarifgebiet Spandau wird vom Arbeitgeberverband für das Baugewerbe von Spandau und Umgegend zu den bestehenden Tariflöhnen mit Wirkung vom 12. August 1921 die gleiche Lohnerhöhung zugesprochen, wie sie vom Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin G. B. den Zimmerern Berlins durch Generalversammlungsbeschuß vom 11. August 1921 zugestanden worden ist. Der Vergleich wird abgeschlossen unter Vorbehalt der Zustimmung der General-versammlung des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe von Spandau und Umgegend.

Inzwischen ist die Zustimmung von beiden Parteien er-folgt, so daß die Nachzahlung vom 22. Juli bis 11. August mit 60 % pro Stunde und vom 12. August an pro Stunde 7,80 M. und 15 % Wertzeugenschädigung gezahlt werden.

Streitbeendigung in Militsch.

Der Streit in Militsch ist beigelegt worden. In einer Verhandlung unter Leitung des Landrates wurde mit den Unternehmern eine Verständigung erzielt. Sie bewilligten einen Stundenlohn von 4,70 M. einschließlich der Wertzeugzulage. Dem Angebot stimmten unsere Kameraden zu. Die Arbeit wurde am 15. August wieder aufgenommen.

Ueber die Lohnbewegung für Baden, Pfalz und die angrenzenden Teile von Hessen wird uns berichtet: Die Kameraden in den genannten Gebieten stellten ge-meinsam mit den Bauarbeitern an die Unternehmer Forde-rungen auf Erhöhung der Stundenlöhne um 25 %. Bei den Verhandlungen am 28. Juni und 5. Juli wurde eine Ver-ständigung nicht erzielt. Die Angelegenheit kam vor das Bezirkslohnamt in Karlsruhe. Die Verhandlungen vor dem Bezirkslohnamt am 21. Juli endeten mit einem Schiedspruch, der die Stundenlöhne vom 21. Juli an für alle über 21 Jahre alten Bauarbeiter um 50 % für gelehrte und 35 % für ungelernete Bauarbeiter erhöhte. Erklärungsfrist war bis 31. Juli festgesetzt. Die Arbeitervertreter lehnten

schon in der Sitzung den Schiedspruch ab und beantragten sofort neue Verhandlungen. Die Kameraden von Ludwigshafen stellten, ohne die neuen Verhandlungen abzuwarten, am 25. Juli die Arbeit ein, um die gesamten Forderungen durchzusetzen. Das einmütige und geschlossene Vorgehen un-serer Ludwigshafener Kameraden, dem sich die bei den Wadi-schen Anilin- und Sodawerken beschäftigten Fabrikzimmerleute anschlossen, bewirkte, daß am 29. Juli bereits neue Verhand-lungen stattfanden, mit dem Ergebnis einer weiteren Er-höhung für alle Vollarbeiter des gesamten Tarifgebiets um weitere 15 % die Stunde auf den früheren Schiedspruch. Das Ergebnis wurde von allen Arbeiterorganisationen des Gebiets angenommen, nur die Zimmerleute von Ludwigshafen lehnten es ab und beharrten weiter im Ausstand. Bei den Verhandlungen in Mannheim am 4. August unter Lei-tung des Bezirkslohnamtsvorsitzenden wurde den Vollarbeitern des Tarifgebiets Mannheim-Ludwigshafen vom Tage ab nochmals eine Erhöhung von 5 % und darüber hinaus sämt-lichen Facharbeitern der Bohngruppe I ein Zuschlag von 5 % zugesprochen. Dieses letzte Angebot wurde von der sofortigen Aufhebung des Streiks in Ludwigshafen abhängig gemacht. Die Zimmerer Ludwigshafens stimmten in einer Zahlstellen-versammlung dem letzten Angebot mit schwacher Mehrheit zu und erklärten den Streik damit für beendet. — Schwierig-keiten waren entstanden durch den Solidaritätsstreik der Be-triebszimmerleute der Badischen Anilinfabrik. Sie hatten sich geweigert, die Arbeit der Streikenden zu verrichten. Als daraufhin 6 Kameraden von der Werkleitung entlassen wur-den, stellten alle übrigen restlos die Arbeit ein. Die Kame-raden waren materiell an der Bewegung der Zimmerer nicht beteiligt, weil sie dem Chemievertrag des Werkes unterstehen. Die Werkleitung war wegen der solidarischen Handlung un-serer Kameraden erbost; sie dachte sich zu rächen durch Maß-regelung von 12 Kameraden; weitere 40 Kameraden sollten als Neueingestellte die Arbeit wieder aufnehmen, wodurch den erstickten alte, durch langjährige Arbeitsleistung erworbene Rechte verloren gehen würden. Aus diesem Grunde weigerten sich die Fabrikzimmerleute, die Arbeit aufzunehmen, und stellten damit das ganze Ergebnis der Bewegung in Frage. Verhandlungen mit der Direktion des Werkes hatten den Erfolg, daß 1. alle Zimmerleute mit ihren alten Rechten wie-der eingestellt werden sollten, Maßregelungen wurden aus-geschlossen; 2. die im Geschäft tätig gewesenen Zimmerleute in der bisherigen Weise weiter beschäftigt werden sollten unter der Voraussetzung, daß jederzeit Betriebsreparaturen und sonstige zur Aufrechterhaltung der Produktion notwendigen Arbeiten verrichtet werden. Nachdem durch diese Vereinbarungen die geplanten Maßregelungen abgewendet waren, entschlossen sich auch die Werkszimmerleute, die Arbeit wieder aufzu-nehmen. Damit hat auch diese Bewegung einen erfolgreichen Abschluß gefunden. Der Opfersinn und Kampfgeist unserer Kameraden hat Vorteile errungen, die über den Kreis der Zimmerleute hinaus auch den Bauarbeitern zugute kommen. Das haben diese auch unumwunden geübt. Als indes durch den Streik auch Mitglieder des Bauarbeiterverbandes in Mitleidenschaft gezogen wurden, ging die Sympathie für die Streikenden merktlich zurück. Dagegen haben die Werks-zimmerleute ein schönes Beispiel von Solidarität gegeben, die ohne irgendwelchen materiellen Vorteil das Opfer eines vierzehntägigen Streiks auf sich genommen haben.

Streitbeendigung in Niesky.

Der Streit bei der Firma Christoph & Unalut ist beendet worden. In lang-wierigen Verhandlungen wurde eine Verständigung mit der Firma erzielt. Alle Zimmerer im Hallenbau erhalten den Stundenlohn von 6,25 M., sofern sie über ein Jahr Geselle sind. Ferner wird eine Gefahrenzulage von 25% gezahlt. Wenn im Afford gearbeitet wird, wird der Stundenlohn-erdienst von 6,25 M. garantiert. Es ist gelungen, die Klassen-löhne abzuschaffen, was als Erfolg gebucht werden kann. Die Arbeit wurde am 14. August wieder aufgenommen.

Beigelegte Differenzen in Dresden.

Der Streit der Zimmerer bei der Firma Seel ist mit Erfolg beendet worden. Vor dem Schlichtungsausschuß erklärte die Firma sich bereit, eine Zulage von 75 % zu zahlen. Der Tariflohn ist damit noch nicht voll erreicht, doch ist durch diese Regelung der Abstand wesentlich geringer geworden. Unsere Kameraden haben am 9. August die Arbeit wieder aufgenommen.

Neue Lohnvereinbarungen im Freistaat Sachsen.

In betrieblichen Verhandlungen wurde mit dem Bezirksarbeit-geberverband folgendes vereinbart:

1. Der Stundenlohn erhöht sich in den Lohnklassen 1, 1a, 1b und 2 von dem jetzt geltenden Lohnsatz um 1,10 M. pro Stunde, in den Lohnklassen 3- und 4 um 90 % pro Stunde. Die neuen Lohnsätze treten vom 2. September an in Kraft.
2. Die Wertzeugzulage erhöht sich für Zimmerer von 3 M. auf 3,60 M. pro Woche oder pro Tag auf 60 %.
3. Bezüglich der Festsetzung der Lehrlingslöhne wird nach Ansicht der Arbeitgeber daran festgehalten, daß diese wie bisher Sache der Innungen ist. Jedoch will der Bezirks-arbeitgeberverband den Innungen empfehlen, auch den Lehr-lingen auf ihre bisherigen Löhne eine angemessene Erhöhung zu gewähren.

Unsere Kameraden haben bis zum 29. August zu erklären, ob sie dieser Vereinbarung zustimmen.

Neue Vereinbarungen in Düsseldorf.

In Verhandlungen am 9. August bewilligten die Unternehmer für die Zimmerer einen Stundenlohn von 9,20 M., zahlbar vom 4. August an. Unsere Kameraden haben dieser Vereinbarung zugestimmt.

Vereinbarungen für Bayreuth.

Zwischen dem Ortsverband Bayreuth der Arbeitgeber des Baugewerbes einer-seits und den örtlichen Unterorganisationen der am nord-bayerischen Bezirksarbeitsvertrag für das Baugewerbe beteiligten Arbeiterorganisationen andererseits wird mit Zustimmung der unterzeichneten Bezirksorganisation folgendes hiermit vereinbart:

1. Der Tariflohn im Tarifgebiet Bayreuth beträgt mit Wirkung vom 1. Juli 1921 für Facharbeiter 6,20 M., für Hilfsarbeiter 6 M.; mit Wirkung vom 9. August 1921 (Tag der Arbeitsaufnahme) für Facharbeiter 6,85 M.; für Hilfsarbeiter 6,15 M. 2. Am 9. August 1921 wird auf sämtlichen Baustellen die Arbeit wieder in vollem Umfang aufgenommen. Maßregelungen seitens der Arbeitgeber und seitens der Arbeit-

nehmer dürfen nicht erfolgen. 3. Vom 9. August 1921 an wird bis auf weiteres im Tarifgebiet Bayreuth die siebenundvierzigstündige Arbeitszeit durchgeführt. (Bisher wurde 44 Stunden gearbeitet. D. B.). 4. Bayreuth wird mit Wirkung vom 9. August 1921 für die Dauer des Bezirksarbeitsvertrages in die für das oberfränkische und nordoberpfälzische Industriegebiet neu geschaffene Ortsklasse 1a eingereiht, wobei die näheren Bestimmungen dieser Ortsklasse 1a einer Vereinbarung der Bezirksorganisationen vorbehalten ist. 5. Aus der gegenwärtigen Lohnregelung darf keinerlei Anspruch auf Lohn-erhöhung anderer Orte des nordbayerischen Vertragsgebietes hergeleitet werden. 6. Gegenwärtige Vereinbarung tritt mit Unterschrift in Kraft.

Bayreuth, den 8. August 1921.

(Unterschriften.)

Lohnbewegung in Weilburg. Die Unternehmer von Weilburg und Umgegend haben sich seither geweigert, die Tariflöhne der dritten Lohngruppe unseres Bezirksarbeitsvertrages anzuerkennen. Der Schlichtungsausschuß in Eimburg hatte sich schon vor längerer Zeit einmal mit dieser Angelegenheit befaßt, aber auch dort wurde den Bestimmungen des Vertrages nicht voll entsprochen. Nunmehr haben neuerdings Verhandlungen, und zwar direkt mit den Unternehmern, stattgefunden. Im Verlauf der Verhandlungen stellte sich heraus, daß sich die Arbeitgeber von Weilburg und Umgegend als außerhalb unseres Bezirksvertrages stehend, ansehen. Sie lehnten jede Forderung auf Lohn-erhöhung als nicht berechtigt ab. Unsere Kameraden haben es daher vorgezogen, bei diesen rückständigen Unternehmern die Arbeit niederzulegen. Sie suchten sich in solchen Orten Beschäftigung, wo wenigstens die Tariflöhne anerkannt werden.

Berichte aus den Zahlstellen.

Nalen. Am 31. Juli fand in Hohenrweiler im „Gasthof zum Bären“ eine gut besuchte Zimmererverversammlung statt. Den Bericht vom Kartell gab der Kartelldelegierte. Er besprach die Zusammenfassung der Betriebsräte, ferner auch die Anlegung einer Gewerkschaftspartasse. Die Kameraden sollten diese Einrichtung benutzen, um für den kommenden Winter einen Notspennig zu haben. Darauf hielt Kamerad Schwenninger, Stuttgart, einen Vortrag über die Zimmererbewegung. Der Redner zeigte den Aufbau unseres Zentralverbandes, seine Bedeutung als Kampforgan zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, ferner die großen Erfolge, die im Laufe der Zeit trotz des scharfen Widerstandes der Unternehmer errungen wurden. Diese hätten dazu beigetragen, den Zusammenschluß aller Zimmerer zu fördern.

Bamberg. Unsere Mitgliederversammlung fand am 7. August statt. Der Vorsitzende forderte die Kameraden auf, sich zu Ehren unseres verschiedenen langjährigen, treuen Vorsitzenden, des Kameraden Schrader, von ihren Plätzen zu erheben. Danach erläuterte der Gauleiter, Kamerad Bromm, die diesjährigen Lohnbewegungen. Die Aussprache über diese Frage war sehr reg. Von einigen Kameraden wurde der Standpunkt vertreten, es müsse mehr für den Abbau der Lebensmittelpreise gewirkt und ein weiteres Steigen der sonstigen Preise verhindert werden. Den Rassenabschluß vom 2. Quartal gab der Kassierer bekannt. Die Abrechnung war durch die Revisoren geprüft worden; sie wurde als richtig anerkannt. Im Kartellbericht wurde über die Einläufe aus den sozialen Ministerien berichtet, ferner daß am 28. August das Gewerkschaftsfest stattfindet.

Berlin und Umgegend. Am 11. August tagte unsere Zahlstellenversammlung. Kamerad Neßeläger erstattete Bericht von der letzten Verhandlung. Er streifte nochmals kurz den Ursprung der Bewegung und führte aus, daß der Kampf bisher einheitlich und geschlossen geführt worden sei. Dann verbreitete er sich eingehend über die Verhandlung vom 8. August im Reichsarbeitsministerium. Nach langem Hin und Her bequerten sich die Unternehmer zu folgendem Angebot: „Der Stundenlohn erhöht sich vom Tage der Arbeitsaufnahme von 7,05 auf 7,80 M. Die Entschädigung für Werkzeug von 10 auf 15 S. Vom 22. bis einschließlich 26. Juli werden 60 S pro Stunde nachgezahlt. In der Verhandlung vor dem Bezirkslohnamt machten sie ein Angebot von 60 S pro Stunde. Der Vorstand empfahl folgende Resolution zur Annahme: „Die am 11. August tagende Zahlstellenversammlung nimmt Kenntnis von dem Ergebnis der Verhandlungen vom 8. August im Reichsarbeitsministerium. Sie stellt fest, daß sie das Ergebnis der Verhandlungen nicht voll befriedigt, nimmt aber unter Berücksichtigung der Verhältnisse den Vorschlag der Schlichtungskommission und des Vorstandes wie folgt an: Der Stundenlohn der Zimmerer Groß-Berlins erhöht sich vom Tage der Arbeitsaufnahme von 7,05 M auf 7,80 M. Die Entschädigung für das im Vertrag aufgeführte Werkzeug erhöht sich von 10 auf 15 S pro Stunde. Die Zeit vom 22. bis einschließlich 26. Juli wird mit 60 S pro Stunde nachgezahlt. Maßregelungen finden nicht statt. Die Arbeitsaufnahme erfolgt am Freitag, 12. August.“ Nach langer, erregter Diskussion wurde die Resolution mit 122 gegen 30 Stimmen angenommen. Die Zimmerer in den Metallbetrieben nehmen die Arbeit nur zu den neuen Lohnsätzen auf. Wo diese nicht gezahlt werden, gilt der Betrieb als gesperrt. Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen: „Die Kameraden, die während des Streiks die Berechtigung hatten, zu arbeiten, haben pro Tag 7 M Extrabeitrag für die Lokalkasse zu zahlen.“ Hier- auf richtete Kamerad Neßeläger einen kurzen, kernigen Appell an die Kameraden, worin er sie ermahnte, auch weiterhin treu zur Fahne zu stehen. Er schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Zimmererbewegung. — Am 12. August tagte das Bezirkslohnamt für das Tarifgebiet Spandau. Die Parteien einigten sich auf die für Groß-Berlin abgeschlossenen Bedingungen.

Breslau. In der Mitgliederversammlung am 27. Juli wurde zunächst das Andenken des verstorbenen ersten Verbandsvorsitzenden Kameraden Schrader und der beiden verstorbenen Kameraden Sambale und Robert Langner in üblicher Weise gelehrt. Kamerad Höhne widmete dem verstorbenen Kameraden Schrader einen kurzen Nachruf, wobei er auf die großen Verdienste und das unermüdete Wirken im Zentralverband hinwies. Desgleichen gedachte er des verstorbenen Kameraden Sambale, der 37 Jahre unserer Zahlstelle angehörte und ihr Mitglünder war. Dann hielt Kamerad Goldschmidt einen Vortrag über: „Was lehrt uns die letzte

Aussperrung? Die weiteren Pläne der Unternehmer und wie können wir dieselben durchkreuzen?“ Er wies darauf hin, daß das Bestreben der Unternehmer im allgemeinen dahin gehe, die Löhne herabzusetzen oder weitere Lohn-erhöhungen zu verhindern, trotzdem eine Verbilligung der Lebensmittel und Bedarfsartikel nicht eingetreten sei, sondern im Gegenteil sich eine weitere Verteuerung bemerkbar mache, die im Herbst fast unerträglich werden dürfte. Um einer weiteren Verteuerung zu begegnen, müsse mit der Verteuerung auch eine Erhöhung der Löhne eintreten. Die Unternehmer sträubten sich dagegen, und, um ihren Willen durchzusetzen, wendeten sie das Mittel der Aussperrung an. Wenn sie uns nach Beendigung der Aussperrung eine Lohn-erhöhung von 65 S pro Stunde inklusive 5 S Werkzeugentschädigung zugesetzten müßten, so deshalb, weil wir ihnen unerschrocken und entschlossen gegenübertraten. Bei der nächsten Gelegenheit würden sie es wieder versuchen, vielleicht auch eine schlechte Konjunktur ausnutzen, um uns zu Leibe zu rücken. Wir müßten gerüstet dastehen und unsere Kassenverhältnisse so ausbauen, daß wir jeden Ansturm bestehen können. Die Kämpfe, die in ganz Deutschland geführt werden, erfordern Millionen von Mark. Durch die vielen Aussperrungen sehe es aus, als wenn die Unternehmer planmäßig darauf hinarbeiten, unsere Kassen zu sprengen, damit wir ihnen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert seien. Dies müsse verhindert und es müssen Wege gefunden werden, dem entgegenzuarbeiten. Durch die Aussperrung sei auch unsere Lokalkasse stark mitgenommen worden; wir müßten sie wieder ausbauen. Anschließend gab Goldschmidt die Abrechnung von der Aussperrung sowie Vorschläge über den weiteren Ausbau der Lokalkasse bekannt. Die Gesamtausgabe betrug 79 797,30 M, davon aus der Zentralkasse erhalten 60 057,30 M; aus der Lokalkasse wurden verausgabt 19 740 M. Der Vorstand machte der Versammlung den Vorschlag, in der Zeit vom 14. bis 19. August einen Extrabeitrag zu leisten von 20 M, damit der Zentralstreifonds von dieser Einnahme gedeckt werde, den wir an die Zentralkasse abzuführen hätten. Dieser Vorschlag wurde nach kurzer Debatte gegen 3 Stimmen angenommen. Darauf wies Kamerad Goldschmidt auf Mängel hin, die sich während der Aussperrung gezeigt haben. Um späteren Unannehmlichkeiten vorzubeugen, schlug der Vorstand der Versammlung vor, daß alle Kameraden, die hier von auswärts arbeiten, sich der hiesigen Zahlstelle als Mitglieder anzumelden und ihre Beiträge hier zu leisten haben; Pflicht der Delegierten ist es, darauf zu achten. Dieser Vorschlag fand einstimmige Annahme. Desgleichen fand ein Antrag von Kamerad Bartsch einstimmige Annahme, daß die Zahlstelle Bissa, die dem Breslauer Lohngebiet angehört, vom 4. Quartal an der hiesigen Zahlstelle sich anzuschließen habe. Ferner wurden auf Antrag des Vorstandes 3 Kameraden mit Strafe belegt in Höhe von 20 und 40 M, weil sie nach Feierabend Schmarwerkarbeit leisteten und auf arbeitslose Kameraden keine Rücksicht nahmen. Ferner wurde vom Vorstand noch empfohlen, die alten Unterstützungssätze der Lokalkasse für kranke Mitglieder zu erhöhen, und zwar sollen diejenigen Kameraden, die länger als 10 bis 15 Wochen krank sind und noch nicht 5 Jahre Mitglied sind, eine einmalige Unterstützung von 35 beziehungsweise 50 M aus der Lokalkasse erhalten, die über 5 Jahre Mitglied sind, 50 beziehungsweise 75 M. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Dann fanden noch interne Angelegenheiten ihre Erledigung, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

Güftrin. Unsere Monatsversammlung fand am 7. August statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Ableben unseres verstorbenen Zentralvorsitzenden, Kameraden Schrader, durch Erheben von den Plätzen. Danach gab der Kassierer den Rassenbericht vom 2. Quartal. Er wurde genehmigt und dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf berichtete die Lohnkommission über die Verhandlungen. Der bisherige Stundenlohn von 5 M sei völlig ungenügend. Die eingereichte Lohnforderung von 1,50 M konnte infolge der schlechten Bau-tätigkeit nicht durchgeführt werden, sondern es erfolgte eine Einigung dahin, daß vom 6. August 50 S Stundenlohn mehr gezahlt wird. Diese Regelung soll nur eine vorläufige sein. In „Verschiedenes“ gab der Kassierer bekannt, daß die Zahlstelle 1180 M für den Zentralstreifonds abzuführen habe. Beschlossen wurde, noch 4 Extramarken in Höhe von 1 M vom 1. September an zur Stärkung der Lokalkasse zu fleben. Der schwache Versammlungsbesuch wurde gerügt; in Zukunft müsse jeder Kamerad sein ganzes Interesse dem Verbands zuwenden.

Düren. In 3 Versammlungen, am 31. Juli, 6. und 12. August, befaßten sich die Kameraden der hiesigen Zahlstelle mit der Lohnfrage. Es sollten die gleichen Löhne wie in Köln geschaffen werden. Die Unternehmer zeigten sich dem Verlangen nicht ganz abgeneigt. Da nun die Lebensmittelpreise stiegen, sahen sich unsere Kölner Kameraden ebenfalls gezwungen, eine Lohn-erhöhung zu fordern. Es fanden in Köln langwierige Verhandlungen statt, in denen sich die Unternehmer gegen Lohn-erhöhungen sträubten. Sie erklärten, eine Teuerung sei noch nicht eingetreten. Ein Vorschlag des unparteiischen Dr. Sauer wurde von beiden Parteien abgelehnt. Die Verhandlungen waren somit gescheitert. Um nun zu neuen Verhandlungen zu gelangen, wurden Kampfmaßnahmen ergriffen. Es sollten Streiks durchgeführt werden, bis sich die Unternehmer zu neuen Verhandlungen bereitfinden würden. In der Versammlung am 6. August erklärten die Kameraden sich gegen Teilstreik, dafür aber für einen Gesamtstreik. Um aber die Kasse nicht zu schwächen, wurde einstimmig auf 14 Tage Unterstützung verzichtet. Es kam aber zu keinem Streik; denn die Unternehmer boten in letzter Stunde neue Verhandlungen an. Diese fanden auch in Köln statt. Am 8. August wurde der Lohn für Zimmerer in Köln auf 8,80 M festgesetzt. Für Düren wurde am 10. August verhandelt und der Stundenlohn um 95 S erhöht, so daß er nun 7,85 M beträgt. Ueber den genauen Gang der Verhandlungen berichtete in der Versammlung am 12. August der Kamerad Heinge, Köln. Der Vorsitzende, Kamerad Grefelsky, dankte im Namen der Zahlstelle dem Kameraden Heinge für seine Bemühungen. Im Anschluß daran wurde noch beschlossen, zur Stärkung der Lokalkasse wöchentlich eine Sondermarke in Höhe von 1 M zu fleben.

Frankfurt a. Main. Am 15. August fand eine gut besuchte Zimmererverversammlung statt, in der Kamerad Reinhardt über die Verhandlungen vom Bezirkslohnamt berich-

tete. Redner schilderte den Verlauf der Verhandlungen; er verwies auf die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, um nun die Bewegung zum Abschluß zu bringen, und empfahl nachstehenden Schiedspruch zur Annahme. Der Stundenlohn erhöht sich in der Lohngruppe 1 und 2 um 40 S, Lohngruppe 3 um 25 S, Lohngruppe 4 und 5 um 15 S. Sämtliche Redner waren für Annahme des Schiedspruches. Im Laufe der Versammlung wurde ein von Kamerad Lang eingegangener Antrag, der wie folgt lautet, von den versammelten Zimmerern mit großer Mehrheit angenommen: „Die am 15. August im Gewerkschaftshaus anwesenden Zimmerer nehmen den am 10. August vom Bezirkslohnamt gefällten Schiedspruch an. In Anbetracht der immer mehr zunehmenden Preissteigerung aller für den Arbeiter unbedingten notwendigen Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände sind wir gezwungen, unsere Vertreter zu beauftragen, neue Lohnforderungen zu stellen und dafür einzutreten, daß diese bis spätestens 15. September 1921 durchgeführt sind. Die Höhe der zu fordernden Lohnzulage wollen unsere Vertreter der Preissteigerung entsprechend festsetzen.“ Ueber die Ferienfrage berichtete Kamerad Scheuermann. Auf Grund der Entscheidung des Hauptarbiters vom 5. August haben alle Zimmerer, die bis zum 30. September 1921 mindestens 40 Wochen in ein und demselben Geschäft gearbeitet haben, Anspruch auf 3 Tage Ferien. Redner verwies auf den „Zimmerer“ Nr. 33, wo ausführlich die Entscheidung vom 5. August veröffentlicht ist. Jeder Platzvertrauensmann habe unverzüglich eine Liste derjenigen Zimmerer aufzustellen, die bis zum 30. September 1921 40 Wochen im Geschäft sind. Der Vertrauensmann hat, nachdem er die Liste aufgestellt hat, zum Unternehmer zu gehen, um über die Ferien zu verhandeln. Weigert sich der Unternehmer, dann ist davon der Verbandsleitung so schnell wie möglich Mitteilung zu machen, um weitere Schritte in der Ferienfrage unternehmen zu können. Tue also jeder seine Pflicht, dann wird auch die Ferienfrage in unserm Sinne erledigt werden.

Groß-Zimmern. Am 31. Juli fand unsere Mitgliederversammlung statt. Trotz der wichtigen Tagesordnung hielten es von 100 Kameraden nur 18 für nötig, die Versammlung zu besuchen. Der Vorsitzende, Kamerad Herbert, gedachte unseres verstorbenen Kameraden Schrader. Die Anwesenden erhoben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen. Der Vorsitzende machte zunächst Mitteilung über die letzten Lohnverhandlungen vor dem Bezirkslohnamt in Frankfurt a. M. Die anwesenden Kameraden vertraten den Standpunkt, daß dieses Angebot unannehmbar sei, und lehnten deshalb den Schiedspruch ab. Weiter verlas der Kassierer die Abrechnung vom 2. Quartal; sie wurde für richtig befunden. Ferner wies der Vorsitzende noch auf die Extramarken zum Streifonds hin. Die Abstimmung ergab, daß sich 15 Kameraden für die Aufbringung des Zentralstreifondsbeitrages durch Extrabeiträge erklärten.

Hannover. Am 15. August fand nach Feierabend im Gewerkschaftshause eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Es wurde über die Lohnverhandlungen berichtet. Die erste Verhandlung am 9. August verlief ergebnislos. Die Unternehmer boten nur eine Zulage von 80 S für sofort und weitere 20 S vom 2. September an. Dieses Angebot wurde in Anbetracht der Teuerung als zu niedrig bezeichnet und abgelehnt. In der nächsten Verhandlung am anderen Tage erklärte der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Herr Behrens, daß er ohne die Zustimmung seiner Mitglieder ein höheres Angebot nicht machen könne. Es wurde vereinbart, baldigst eine Generalversammlung der Arbeitgeber der Bezirke Hannover einzuberufen. Diese fand am 13. August statt. In der nachfolgenden Verhandlung wurde vom Vorsitzenden, Herrn Behrens, folgendes Angebot gemacht: Sofort eine Zulage von 1 M und vom 2. September an weitere 20 S. Die Spanne zwischen dem Lohn der Maurer und Hilfsarbeiter wird von 10 auf 30 S erhöht. Von unsern Vertretern wurde nochmals auf eine höhere Zulage hingewirkt. Nach langem Verhandeln bewilligten die Unternehmer noch 10 S. In einer gemeinsam mit dem Bauarbeiterverband einberufenen Konferenz wurde das Angebot zur Annahme empfohlen. Die Teilnehmer stimmten nach langer Debatte dem Angebote zu. Der Vortragende empfahl der Versammlung gleichfalls, dem Angebote zuzustimmen. Die Aussprache darüber war teilweise sehr stürmisch. Verschiedene Kameraden waren der Meinung, daß die mehr geforderten 20 S durch Kampf erreicht werden könnten. Trotzdem wurde das Angebot der Unternehmer mit großer Mehrheit angenommen. Durch Erklärungen des Vorstandes und einiger älterer Kameraden war es möglich, die Annahme zu bewirken. Wenn es auch nicht gelungen ist, die Forderung von 8 M durchzusetzen, so ist doch erreicht worden, daß wir mit ähnlichen Städten auf gleiche Stufe gekommen sind.

Kelheim. Am 31. Juli fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in der von den 17 organisierten Zimmerern 16 erschienen waren. Der Vorsitzende referierte über die Unterhandlungen mit den Unternehmern. Er bemerkte, daß, wenn auch in dem achtwöchigen Kampfe, der erste, der in Kelheim ausgefochten wurde, kein glänzender Sieg errungen wurde, so sei doch ein Erfolg zu verzeichnen. Für Kelheim, das bisher in keinem Tarifverhältnis stand, konnte ein Tarif abgeschlossen werden. Der Stundenlohn für Zimmerer betrage jetzt 5 M, vorher 4,80 M. Das Ergebnis konnte nur durch die eiserne Disziplin der organisierten Arbeiter erreicht werden. Auch ein paar Klausurkrieger von Würth an der Donau hätten sich eingefunden, die aber nach kurzer Frist wieder das Feld räumen mußten. Vom Vorsitzenden wurde angeregt, für Kelheim selbst eine Zahlstelle zu gründen. Diese Anregung fand großen Beifall. Von den anwesenden Kameraden wurde verlangt, sofort die dazu erforderlichen Wahlen vorzunehmen. Hierauf wurde der Vorstand und zwei Revisoren gewählt. Die Versammlung nahm einen guten Verlauf, so daß der Wunsch laut wurde, recht oft solche Versammlungen abzuhalten. Zum Schluß wurde dem Vorsitzenden für seine rege Tätigkeit der Dank aller Kameraden ausgesprochen.

Preußisch-Gelau. Am 7. August fand im Bahnhofshotel eine Mitgliederversammlung statt. Sie nahm zuerst Stellung zum Streifondsbeitrag. Darüber entspann sich eine lebhafteste Debatte. Einige Kameraden wünschten Aufschluß, warum der Streifondsbeitrag geleistet werden müsse. Kame-

rad Finsel, Elbing, gab Aufklärung; er verwies auf unsere Satzungen, insbesondere auf das Streikreglement und bewachte, daß die Kameraden über diese Bestimmungen so schlecht informiert seien. Des weiteren schilderte er die umfangreichen Lohnkämpfe im Reich, die schon Millionen an Unterstützung gefordert hätten. Auch unsern Kameraden im Gau 1 seien Lohnkämpfe nicht erspart geblieben. Das Ausschreiben des Streikfonds sei deshalb durchaus gerechtfertigt. Redner erinnerte die Anwesenden an den von den Unternehmern verlangten zehnprozentigen Lohnabbau. Dieses Verlangen sei mit Hilfe unserer Berufsorganisation nicht nur zurückgemacht, es sei sogar noch ein höherer Stundenlohn erreicht worden als das Bezirkslohnamt entschieden habe. Die heutige Versammlung solle nun Stellung zu einer neuen Lohnforderung nehmen. Was solle geschehen, wenn die Unternehmer einen ablehnenden Standpunkt einnehmen würden? Die Kameraden könnten mithin sehr schnell in die Lage kommen, auf zentrale Unterstützung Anspruch zu erheben, das sei jedoch voraus, daß sie auch ihre Verpflichtungen erfüllt hätten. Wir würden wieder dazu kommen müssen, einen Stundenlohn als Wochenbeitrag zu leisten; denn je größer und stärker die finanzielle Kraft unserer Berufsorganisation, desto größer sei auch der Einfluß auf die Vorgesetzter unserer Lohnverhältnisse. Die Ausführungen verfehlten ihre Wirkung nicht; es wurde beschlossen, den Streikfondsbeitrag, da die Lokalkasse zu schwach ist, durch Extramarken zu begleichen, dergestalt, daß der Betrag in diesem Quartal noch zur Aufwendung an die Hauptkasse gelangt. Was die Lohnforderung anbelangt, so waren die Anwesenden der Ansicht, daß der jetzige Stundenlohn von 5 M mindestens auf 7 M erhöht werden müsse. Alles weitere wurde der Verhandlungskommission überlassen. Sodann wurde beschlossen, die Versammlungsschwäger in eine Strafe zu nehmen. Zum Schluß ehrten die Anwesenden noch das Andenken des verstorbenen Kameraden Schrader.

Schönebeck a. d. E. Am 30. Juli fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Vorsitzenden unseres Verbandes, Kameraden Schrader, in üblicher Weise. Hierauf besprach der Vorsitzende die gegenwärtige Lage im Baugewerbe und betonte, daß infolge der teureren Lebensmittel allerwärts Lohnverhandlungen stattfinden. So habe auch Magdeburg Forderungen gestellt. Das Bezirkslohnamt werde entscheiden. Da durch protokolllarische Erklärung die Vertragsbestimmungen auch für uns Geltung hätten, sei es ratsam, die Entscheidung des Bezirkslohnamtes abzuwarten und in einer besonderen Versammlung dazu Stellung zu nehmen. Danach gab der Kassierer den Kassenbericht vom 2. Quartal; ihm wurde auf Antrag der Revisoren einstimmig Entlastung erteilt. Den Kartellbericht gab Kamerad Lindner. In „Verschiedenes“ wurde Klage geführt, daß auf dem Platz von Köh Ueberstunden geleistet würden. Diese sollen künftighin unterbleiben. Einstimmig wurden dem erkrankten Kameraden Nikte 100 M Unterstützung bewilligt. Weiter wurde eine Kommission gewählt, die sich wegen der Vertragsdifferenzen mit der Zahlstelle Magdeburg in Verbindung setzen soll.

Sohland a. d. Spree. In der Mitgliederversammlung am 7. August sprach Kamerad Lichtenberger, Dresden, über die Situation im Baugewerbe. Er zeigte, welche Schwierigkeiten allerwärts zu überwinden sind und ermahnte die Kameraden zu reger Mitarbeit. Danach wurde einstimmig beschlossen, den Zentralstreikfondsbeitrag durch Entnahme von 3 Extramarken à 5 M aufzubringen. Dann berichtete Kamerad Böhme über die am 1. August in Dresden stattgefundenen Bauarbeiterkonferenz. In der Konferenz seien wirksame Bauarbeiterforderungen vertreten worden; ferner soll eine Landeskommission für Bauarbeiterschutz ins Leben gerufen werden, doch müßten unsere Kameraden aufs eifrigste bestrebt sein, überall die Bauarbeiterschutzbestimmungen zu beachten und sie durchzuführen suchen. Nachdem wurde noch vom Kassierer der Kassenbericht gegeben.

Sprottau. Am 12. August fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt; sie war von 41 Kameraden besucht. Kamerad Lichtenberger, Dresden, sprach über die kommenden Lohnkämpfe und welche Maßnahmen zu ergreifen seien, sie erfolgreich zu gestalten. Nach diesem wurde zum Zentralstreikfondsextrabeitrag Stellung genommen. Es wurde beschlossen, den auf jedes Mitglied fallenden Beitrag von 15 M durch Entnahme von 3 Extramarken à 5 M aufzubringen. Dann erfolgte die Neuwahl des Hauptkassierers. Die Neuwahl war erforderlich, da der bisherige Kassierer Unterschlagungen begangen hat. Als Kassierer wurde der langjährige Kassierer der Zentral-Kassenkasse, Kamerad Mangel, gewählt.

Tilsit. Am 7. August tagte unsere monatliche Mitgliederversammlung. Sie erfreute sich eines guten Besuches. Der Vorsitzende der Bauarbeiter, Kamerad Buderat, war erschienen und beleuchtete unsere jetzige Lage. Da Tilsit eine der teuersten Städte sei, müßten wir an die Unternehmer mit Forderungen herantreten. Danach wurde beschlossen, gemeinsam mit den Maurern und Bauhilfsarbeitern den Unternehmern die Forderung auf dem schnellsten Wege zu unterbreiten. Alsdann wurde auf die Betriebsrätschule aufmerksam gemacht und Teilnehmer aufgenommen. Sämtliche Betriebsräte und Baubeauftragte haben die Pflicht, die Schule zu besuchen.

Weslau i. Ofr. Am 31. Juli fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Unser Gauleiter, Kamerad Finsel, sprach über den Tarifvertrag. Er erörterte die Frage, ob ein Vertrag noch Vorteil für uns habe, wenn dieser nicht eingehalten werde. Diese Frage aufzuwerfen, war notwendig, da sich mehrere Kameraden gegen den Tarifvertrag vergangen hatten. Im weiteren Verlaufe verpflichteten sich die Kameraden, den Tarifvertrag unter allen Umständen zu beachten. Hierauf nahmen verschiedene Kameraden Stellung gegen den Kassierer; seine Wahl am Jahres-schluß sei nicht dorrchriftsmäßig verlaufen. Durch Abstimmung wurde festgestellt, daß die Mehrheit der Kameraden diese Auffassung nicht teilte. Kamerad Finsel gedachte noch der erfolgreichen Arbeit unseres verstorbenen Verbandsvorsitzenden, Kameraden Schrader.

Sterbefafel.

Cöln. Am 9. August starb Kamerad Heinrich Göhlemann im Alter von 59 Jahren an der Wasserfucht.
Dresden. Kamerad Max Mauer, aus Pragschütz, seit 28. Juni 1918 vermißt, ist am 29. Mai 1921 für tot erklärt worden. — Gestorben sind die Kameraden: Am 22. Mai Kurt Tomas aus Schönsfeld b. Rippzdorf, 18 Jahre alt, an Lungenschlag; am 11. Juni Louis Erler aus Dresden-Cotta, 70 Jahre alt, infolge Straßenunfalles; am 26. Juni Julius Beutel aus Borlas, 53 Jahre alt, an Magenverhärtung; am 2. Juli Alwin Schuster aus Schdorf, 39 Jahre alt, an Lungentuberkulose; am 4. Juli Julius Schmidt, aus Dresden-N., 62 Jahre alt, an Nieren- und Leberleiden; am 23. Juli Karl Wittig, aus Dresden-Striesen, 21 Jahre alt, an Lungentuberkulose.
Halle a. d. S. Am 30. Juli starb an Lebertrebs unser Mitglied Karl Laub im Alter von 62 Jahren.
Kamenz. Am 17. Juli starb nach kurzem Krankenlager der Kamerad Emil Härrig aus Königsbrück im Alter von 50 Jahren an Herzverweiterung.
Sommerfeld. Am 6. August starb im Alter von 52 Jahren unser Kamerad Wilh. Thurisch an Operationsfolgen.

Literarisches.

Eingegangene Schriften.

Die Sozialisierung, ihre Wege und Voraussetzungen von Heinrich Ströbel, herausgegeben von „Aufbau und Werden“ Gesellschaft für praktische Volksaufklärung. Verlag „Der Firt“, Berlin W 35, 286 Seiten. Preis zirta 20 M.

Eine Einführung in die sozialistische Gedankenwelt. Von Hans Hackmack. Fünftes Heft der bekannten sozialistischen Jugendschriftensammlung „Proletarische Jugend“. Preis 2,50 M. Verlag „Freiheit“, Berlin O 2, Breite Straße 8/9. Organisationen erhalten bei Parteibelegungen Preisermäßigung.

„Die weltliche Gemeinschaftsschule.“ Von Professor Radbruch und Arthur Arzt. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis 4,50 M.

Die Abtreibung der Leibesfrucht. Von Alfred Grotjahn und Gustav Radbruch. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis 2 M.

Aus Werkstatt und Wirtschaft. Monatschrift für gewerkschaftliche, wirtschaftliche und sozialpolitische Fragen. Herausgegeben vom Oesterreichischen Metallarbeiter-Verband. Im Buchhandel zu beziehen durch die Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co., Wien 6, Gumpendorfer Straße 18. Jährlich 20 M., Einzelnummer 2 M.

Natur und Liebe. Zeitschrift zur Begründung, Verbreitung und Vertiefung der Religion des Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Rostock. Heft Nummer 7. Die Nummern 7 bis 9 kosten 2,40 M. und 45 P. Porto.

Die Sozialistische Genossenschaft. Halbmonatsschrift. Verlag Sozialistische Genossenschaft, Vera, Waldstraße 46. Vierteljährlich 10 M., Einzelnummer 2 M.

Die Einkommensteuer vom Arbeitslohn (Lohnsteuer). Auf der neuesten gesetzlichen Grundlage dargestellt und erläutert von Wilhelm Reil. Preis 2,50 M. Verlag Schwäbische Tagewacht G. m. b. H.

„Die Neue Zeit.“ Verlag J. F. W. Diez Nachfolger, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Stuttgart. Erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 19,50 M. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1,50 M. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„Der Firt.“ Sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben. Firt-Verlag, Berlin W 35. Erscheint halbmonatlich. Preis 1,20 M. Vierteljährlich 5,50 M.

„Die Glocke.“ Herausgegeben von Parvus. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68. Preis des Heftes 1,50 M.

„Der wahre Jacob.“ Verlag J. F. W. Diez Nachf., G. m. b. H., Stuttgart. Preis 60 P.

„Die sozialistische Gemeinde.“ Verlagsgenossenschaft Freiheit, Berlin C 2. „Die Sozialistische Gemeinde“ erscheint zweimal monatlich. Preis der Einzelnummer 1 M., vierteljährlich 6 M. Bestellungen bei allen Postanstalten und Parteibuchhandlungen.

„Die deutsche Fortbildungsschule.“ Herausgegeben vom Deutschen Verein für Fach- und Fortbildungsschulwesen. Erscheint am 1. und 15. jedes Monats. Preis halbjährlich 15 M. Hermann Hillger, Verlag, Berlin W 9 und Leipzig.

Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“, G. m. b. H., Hamburg. Geschäftsbericht über das 22. Geschäftsjahr.

„Der neue Geschichtsunterricht.“ Von Prof. Dr. Rudo Hartmann, Wien und Nikolaus Henningsen, Hamburg. Preis 5 M. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

„Der Frauen Hausnach.“ Herausgegeben von Wilhelmine Köhler. Verlag Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. Buchhandlungspreis 8 M. Durch Organisationen zu Vorzugspreisen zu beziehen.

Versammlungsanzeiger.

Montag, den 29. August:
Anklam: Abends 7 Uhr im „Stadttheater“, Friedländer Straße.
Dienstag, den 30. August:
Duisburg, Bez. Vottrop: Abends 5 Uhr bei Wagemann, Wilhelmstraße.

Mittwoch, den 31. August:

Bad Deynhausen: Abends 8 Uhr in der Wirtschaft „Salinenhof“, Heinrichstraße — Chemnitz, Bez. Eintracht: Abends 5 Uhr in der „Talsperre“.

Donnerstag, den 1. September:

Apolda: Nachm. 5 Uhr im Restaurant „Zur Sonne“.

Freitag, den 2. September:

Barmen: Abends 6½ Uhr bei Gust. Janßen, Marienstraße. — **Ockersförde:** Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Dufum:** Abends 8 Uhr bei Otto Greve, Süderstr. 64. — **Kirchhain i. d. N.-L.:** Nachm. 5 Uhr im Lokal von Hermann. — **Kulmbach:** Bei Heisinger, Grabenstr. 3. — **Nadolszell:** Abends 8 Uhr im „Krocodil“. — **Schweidnitz:** Nach Arbeitschluß in den „Drei Linden“, Reichenbacher Straße. — **Weslert:** Gleich nach Feierabend bei Otting, Poststraße. — **Wittenberge:** Abends 7 Uhr bei Gastwirt Wilmann, Friedrichstraße 9. — **Zeitz:** Nach Arbeitschluß bei Bobe, Gartenstr. 46.

Sonnabend, den 3. September:

Barmen-Eberfeld: Abends 6½ Uhr bei Schäfer in Unter-Barmen, Haspeler Schulstr. 19. — **Belgard a. d. Persl.:** Abends 7 Uhr bei Fritz, Wilhelmstr. 44. — **Bernburg:** Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus. — **Dessau:** Abends 7½ Uhr im „Löwli“. — **Gelsenkirchen:** Abends 6 Uhr im „Tiergarten“, Marktstr. 11. — **Goslar:** Abends 8 Uhr in der „Berglänne“. — **Herne i. W.:** Abends 8 Uhr im „Volkshaus“, Bahnhofstraße 1a. — **Vörrach:** Abends 8 Uhr im „Dreikönig“. — **Leineburg:** Abends 7½ Uhr in der „Lambertihalle“. — **München-Glabach:** Abends 6 Uhr bei Karl v. Baal, Rheindorfer Straße. — **Münster i. Westf.:** Abends 8 Uhr bei Aug. Brinmann, Krummer Timpen 29/30. — **Neubrandenburg:** Abends 8 Uhr im Gesellschaftshaus. — **Witten:** Abends 6 Uhr bei Heinrich Röhmeier, Ardenstr. 104.

Sonntag, den 4. September:

Ahlen i. Westf.: Vorm. 9 Uhr bei Rampschneider, Oststraße, am Bahnhof. — **Allstedt i. Th.:** Nachm. 3 Uhr im Gasthof „Zum Anker“. — **Belzig:** Abends 7½ Uhr im Lokale von Fritz Thiele. — **Bonn:** Vorm. 9½ Uhr im „Salzrumpchen“, Hundsgasse 5a. — **Cüstrin:** Nachm. 3 Uhr bei Jacobi. — **Deutsch-Krone:** Nachm. 2 Uhr bei Heinke, Am Markt 6. — **Duisburg, Bezirk Sterkrade:** Vorm. 10 Uhr bei Morschhäuser. — **Düren:** Vorm. 10 Uhr bei A. Bröter, Wirtelstraße. — **Essen:** Vorm. 10 Uhr in „Stadt Eberfeld“, Ecke Steeler Straße und Postallee. — **Frankenhausen:** — **Hagen i. W.:** Vorm. 10 Uhr bei Arnold, Ecke Eberfelder- und Bergstraße. — **Kallberge:** Nachm. 4 Uhr im Restaurant „Zur Linde“. — **Reidenburg:** Vorm. 10 Uhr in der „Bürgerhalle“. — **Regensburg:** Vorm. 9½ Uhr im „Blauen Hecht“, Kepplerstraße. — **Rheine:** Vorm. 10 Uhr im „Volkshaus“, Rosenstraße. — **Sibitz:** Nachm. 4 Uhr bei Gastwirt Fröblich. — **Solingen:** Vorm. 10 Uhr bei Witwe Kirchner, Hochstr. 27. — **Steinach i. S.-Meinungen:** Nachm. 4 Uhr „Zur goldenen Aue“. — **Wetzlar:** Nachm. 3 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Werten:** Nachm. 3 Uhr bei Helmoltz, Andreasstr. 9. — **Wierzen:** Vorm. 10 Uhr bei Michaelis, Große Bruchstr. 21. — **Wiesdorf:** Vorm. 9 Uhr bei Steinacker, Düsseldorfstraße. **Würzburg.**

Dienstag, den 6. September:

Stolp: Abends 6½ Uhr im Lokale von Wangenheim.

Freitag, den 9. September:

Jena: Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus.

Anzeigen.

Nachruf.
 Freitag, den 12. August, starb unser Kamerad **August Pohl** (Bezirk 1) im Alter von 68 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm **Die Kameraden der Zahlstelle Berlin u. Umg.**

Zahlstelle Cassel.
 Laut Versammlungsbeschl. haben sich alle Kameraden, bevor sie nach Arbeit umschauen, auf dem Verbandsbureau, **Spohrstr. 6**, mit einem Ausweis zu versehen. **Der Vorstand.** [2,40 M.]

Zahlstelle Mannheim. [3,60 M.]
 Der fremde **Karl Groth**, geboren am 28. April 1899 Zimmerer zu Lübeck (Buchnummer 254 531), wird hierdurch ersucht, seinen Verpflichtungen gegen die Zahlstelle nachzukommen. Die Zahlstellenkassierer werden ersucht für Groth keine Neuaufnahme auszustellen und kein Duplikat beim Zentralvorstand zu beantragen. **Die Verwaltung.**

Zahlstelle Nordenham. [1,60 M.]
 Zugereifte Zimmerer haben sich sofort zu melden beim Kassierer: **H. Spannhoff**, Hansingstr. 39.

Zahlstelle Würzburg.
 Laut Beschl. der Mitgliederversammlung sind alle zureisenden Kameraden verpflichtet, sich beim Kassierer **Jos. Kunzmann**, Franziskanergasse 2, 2. St., zu melden, wo ihnen Arbeit zugewiesen wird. Umschauen ist verboten. [2,80 M.] **Der Vorstand.**

Georg Steiner, Zimmerer, sende Deine Adresse **Gullen**, Oberamt Ravensburg i. Würtbg. [3 M.]

Mehrere Zimmerleute gesucht. [3 M.] **Egert**, Zimmermeister, Schönberg i. W.